

## Zusammenfassung

Zielsetzung der schwedischen Regierung für die EU-Ratspräsidentschaft war die Durchführung eines effizienten, offenen und ergebnisorientierten Vorsitzes im Interesse Europas und die Weiterführung der gemeinsamen Sachfragen der EU und der von Schweden priorisierten Fragen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft vertrat die EU auch in ihren Beziehungen zu Drittstaaten und trug damit zur Stärkung der Rolle der EU als globaler Akteur bei. Die Regierung hat während der Ratspräsidentschaft ihr Bestreben bestätigt, dem Kern der EU anzugehören und die Rolle Schwedens in der EU ist gestärkt worden. Dies gilt es bei der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft fand in einer Zeit des Umbruchs in der europäischen Zusammenarbeit statt. 2007 wurde in der Regierungskanzlei mit den Vorbereitungen für den Vorsitz in größerem Umfang begonnen. In der Planungsphase wurde die Zusammensetzung des im Juni 2009 neu zu wählenden Europäischen Parlaments berücksichtigt, aber auch die im Herbst auslaufende Legislaturperiode der amtierenden Kommission und die Benennung einer neuen. Darüber hinaus herrschte über das mögliche Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Unsicherheit. Gleichzeitig befanden sich während des schwedischen Ratsvorsitzes wichtige Sachfragen in einer entscheidenden Phase, insbesondere was die Arbeit der EU im Bezug auf die internationale Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 und die weitere Entwicklung im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise betraf. Die Planung des Vorsitzes erforderte demnach ein großes Maß an Flexibilität im Umgang mit den institutionellen Fragen und Herausforderungen, welche die Finanz- und Wirtschaftskrise und der Klimawandel darstellten.

Schweden gehörte zusammen mit Frankreich (Ratspräsident im Herbst 2008) und der Tschechischen Republik (Ratspräsident im Frühjahr 2009) dem Trio an. Dieses gemeinsame 18-Monatsprogramm wurde insgesamt ausgewogen gestaltet und wahrte die schwedischen Interessen. Dies trug zur Stärkung der Kontinuität der Arbeit der EU und des schwedischen Ratsvorsitzes bei.

Die Arbeiten mit dem schwedischen 6-Monatsprogramm und den Prioritäten Schwedens wurden 2008 eingeleitet und 2009 intensiviert. Die Regierung hatte zwei übergreifende Ziele: die EU übernimmt weiterhin die Verantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels und trägt dafür Sorge, dass die EU gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgeht. Andere wichtige Prioritäten waren die weitere Entwicklung der EU hin zu einem sichereren und offeneren Europa durch die Annahme des ehrgeizigen Stockholmprogramms, die Annahme einer besonderen Strategie für die Ostsee sowie die Stärkung der Rolle der EU als globaler Akteur und das Erzielen weiterer Fortschritte im Erweiterungsprozess. Auch die institutionellen Fragen waren von Bedeutung, und sollte der Lissabon-Vertrag durch alle Mitgliedstaaten ratifiziert werden, müsste der Vertrag in einem guten Geist umgesetzt

werden und von Beginn an eine reibungslose und praktische Anwendung finden.

Während der schwedischen Ratspräsidentschaft fanden umfassende Arbeiten zur praktischen Vorbereitung des Inkrafttretens des *Vertrags von Lissabon* statt. Im September 2009 wurde José Manuel Barroso für eine weitere Legislaturperiode zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt. Am 2. Oktober stimmten die Iren in einem Referendum dem Vertrag zu. Nachdem sich die Mitgliedstaaten auf dem EU-Ratsgipfel vom 29.-30. Oktober auf eine Verdeutlichung der Anwendung der Charta der Grundrechte für die Tschechische Republik geeinigt hatten, unterzeichnete der tschechische Präsident Václav Klaus die tschechische Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Bei einem außerordentlichen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 19. November wurde politische Einigung erzielt, Herman van Rompuy zum gewählten Präsidenten des Europäischen Rats für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren sowie Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik für einen Zeitraum von fünf Jahren zu wählen. Alle Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurden damit zu Ende geführt.

Im Bereich *Klima* war der schwedische Ratsvorsitz sowohl bei den Vorbereitungen als auch bei der Durchführung davon geprägt, dass Schweden bei der Konferenz des UN-Klimaübereinkommens in Kopenhagen im Dezember 2009 die EU vertreten würde. Die Arbeiten für diesen Klimagipfel wurden im Juli 2009 mit einer informellen Ratstagung der Umweltminister eingeleitet. Im Anschluss daran wurde im Umwelt-, im Ekofin- und im Europäischen Rat intensiv an der Entwicklung des Standpunkts der EU gearbeitet. Auf der Ratstagung der Umweltminister im Oktober erfolgte die Annahme eines umfassenden EU-Standpunkts, der auf dem EU-Ratsgipfel vom 29.-30. Oktober bestätigt und verdeutlicht wurde. Der Europäische Rat nahm auch die Schlussfolgerungen über die Finanzierung im Klimabereich an und stützte die Schätzungen der Kommission über den Gesamtfinanzierungsbedarf für Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen durch den Klimawandel in den Entwicklungsländern, der sich bis 2020 auf jährlich ca. 100 Milliarden Euro belaufen wird, sowie die Beurteilung, dass 22-50 Milliarden Euro jährlich aus der internationalen öffentlichen Finanzierung kommen sollten. Ein zusätzlicher Umweltrat fand zur Vorbereitung der Umweltminister auf die Verhandlungen in Kopenhagen am 23. November statt. Auf dem EU-Gipfel vom 10.-11. Dezember beschloss die EU, 2,4 Milliarden Euro jährlich für den Zeitraum 2010-2012 als so genannte Anschubfinanzierung für Maßnahmen zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und Emissionsbeschränkungen in den Entwicklungsländern, insbesondere in den am stärksten betroffenen und am wenigsten entwickelten Ländern, bereitzustellen.

Der Klimagipfel in Kopenhagen vom 7.-18. Dezember brachte nicht das von der EU erhoffte Ergebnis. Mit dem Kopenhagener Übereinkommen wurde jedoch eine Grundlage für die weitere Arbeit geschaffen. Beim Umweltgipfel am 22. Dezember 2009 einigten sich die Minister darauf, dass die EU bei der Klimaarbeit weiterhin großen Ehrgeiz zeigen und die Führungsrolle übernehmen soll. Der Ratsvorsitz

forderte ferner die Kommission auf, eine Analyse über das Ergebnis und Vorschläge für die weitere Entwicklung vorzulegen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft fand im Kielwasser der schlimmsten *Wirtschaftskrise* seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts statt. Folglich war es eine wichtige Aufgabe, die weiteren Auswirkungen der Krise in den Griff zu bekommen und die Grundlagen für wachstumsfördernde Maßnahmen für das nächste Jahrzehnt zu schaffen. Die Arbeiten konzentrierten sich auf die Entwicklung von Strategien für die Abschaffung durchgeführter Stützungsmaßnahmen wenn die Zeit reif ist, und auf die Einigung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stabilität und Aufsicht der Finanzsysteme. Die neue Aufsichtsstruktur wird zu einer verbesserten Kontrolle des Finanzsektors der EU, zu einer verstärkten Harmonisierung der Aufsichtsbereiche in der EU sowie zu besseren Voraussetzungen für die rechtzeitige Entdeckung von Risiken führen. Es wurde auch eine allgemeine Ausrichtung über Änderungen in den Kapitaldeckungsrichtlinien angenommen. Die Änderungen beinhalten verschärfte Vorschriften für die Kapitaldeckung und verbindliche Regeln für Vergütungssysteme, einschließlich Beschränkung bei den Bonuszahlungen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft legte für den Zeitraum 2010-2014 ein neues Programm für den Bereich Justiz und Inneres vor. Das so genannte *Stockholmprogramm* wurde am 11. Dezember 2009 vom Europäischen Rat angenommen. Während des spanischen Ratsvorsitzes erfolgt die Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Durchführung des Stockholmprogramms. Ein wichtiger Ausgangspunkt für den schwedischen Ratsvorsitz war, den Schwerpunkt deutlicher als bisher auf die Rechte des Einzelnen zu legen. Die schwedische Präsidentschaft wollte sicherstellen, dass die von der EU in den nächsten Jahren zu ergreifenden Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheit von einer Initiative zur Stärkung des Rechtssystems und des Schutzes des Einzelnen begleitet werden. Nach Auffassung der Regierung erfüllt das Stockholmprogramm die gesteckten Ziele.

Auf der EU-Ratstagung vom 29.-30. Oktober 2009 wurde die *EU-Strategie für den Ostseeraum* verabschiedet. Die Strategie ist das Ergebnis einer zielstrebigem Arbeit vor und während des schwedischen Ratsvorsitzes. Sie geht von den vier Herausforderungen des Ostseeraums aus: Eine nachhaltige Region für die Umwelt, eine Region des Wachstums, eine zugängliche und attraktive Region sowie eine Region, geprägt von Sicherheit und Geborgenheit. Die EU-Strategie für den Ostseeraum ist das erste Beispiel einer makroregionalen Strategie und eröffnet neue Möglichkeiten für eine grenzüberschreitende Arbeitsweise, gegründet auf einem gemeinsamen makroregionalen Zusammenhang.

Ziel der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft war die Stärkung der *EU als globaler Akteur* mit einer deutlichen Agenda für Frieden, Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte. Das Bestreben war die Entwicklung der Möglichkeiten der EU, bei internationalen Krisen zu agieren, die Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern zu stärken und zu gemeinsamen EU-Maßnahmen sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Handels- und Entwicklungspolitik

beizutragen. Ziel des Ratsvorsitzes war ferner, sich für weitere *Fortschritte im Erweiterungsprozess* einzusetzen.

Diese Zielsetzungen wurden erreicht. Beim Erweiterungsprozess wurden mehrere konkrete Schritte nach vorne unternommen. Die Zusammenarbeit mit den an die EU angrenzenden Staaten wurde insbesondere durch die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft weiterentwickelt, und die Zusammenarbeit mit einer Reihe wichtiger Partner in der Welt wurde gestärkt. Während des schwedischen Ratsvorsitzes wurde der Grund für weitere Beschlüsse über den europäischen auswärtigen Dienst gelegt, der bessere Voraussetzungen zur Durchführung einer effizienten und aufeinander abgestimmten Außenpolitik schafft. Die während der schwedischen Ratspräsidentschaft erzielten Ergebnisse sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Entwicklungs- und Handelspolitik festigen die Entwicklung der EU zu einem immer wichtigeren globalen Akteur.

Während des Ratsvorsitzes fanden *Gipfeltreffen mit Brasilien, Indien, China, Russland, Südafrika, der Ukraine und den USA* statt. Diese Gipfel führten dazu, dass mehrere konkrete Schritte zu einer vertieften Zusammenarbeit zwischen der Union und diesen Staaten ergriffen wurden. Insgesamt fanden ca. 200 Sitzungen mit Drittstaaten statt, darunter etwa 50 auf Ministerebene.

Während des Ratsvorsitzes hielt die Regierungskanzlei insgesamt *111 Sitzungen und Konferenzen* in Schweden ab. Die praktische und logistische Durchführung stieß weitgehend auf große Anerkennung. Bei der *Kommunikation* lag der Schwerpunkt bei den Medien und dem Web als wichtigsten Kommunikationskanälen zur Öffentlichkeit hin. Die Kommunikation war geprägt von Transparenz, Verständlichkeit und Sachlichkeit. Die Kosten für die Ratspräsidentschaft hielten sich in den dafür vorgesehenen Haushaltsrahmen. Der EU-Ratsvorsitz umfasste eine sehr große Zahl von Aktivitäten. Die nachfolgende Aufstellung ist kein vollständiger Bericht über die Ratspräsidentschaft, sondern spiegelt die übergreifenden vorbereitenden Arbeiten sowie die in die prioritären Bereiche des Ratsvorsitzes fallenden Sachfragen wider. Für einen ausführlicheren Rechenschaftsbericht über die Sachfragen der Ratspräsidentschaft wird auf das Jahrbuch der EU 2009 verwiesen (Regierungsschreiben 2009/10:150).